

Dresdner Volkszeitung

Hauptschreibst.: Dresden
Raben & Camp, Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Geb. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnement: einschließlich Postgebühren mit dem wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Wort und Welt" für einen halben Monat 1,20, Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2381. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2521 und 1270. Geschäftszeit von 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Monatszeitung 30 Pf., die 30 mm breite Monatszeitung 1,50 Pf., für auswärtige Abnehmer 30 Pf. und 2 Pf. Zustellungsgebühr. Stellen- und Anzeigenpreis: 40 Pf. pro Zeile. Für Briefmarkenrechnung 10 Pf.

Nr. 296

Dresden, Dienstag den 21. Dezember 1926

37. Jahrg.

Wachstum und Wandlung

Was lehrt uns die Volkszählung von 1925?

Das Statistische Reichsamt hat mit der Veröffentlichung der Zählergebnisse der Volks- und Gewerbebevölkerung vom 1. Juni 1925 begonnen. Die wissenschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Materialien dieser Zählung ist allgemein: im Jahre 1925 wurde in Deutschland zum erstenmal die Zählung der Bevölkerung mit der Zählung der landwirtschaftlichen, industriellen, Handels- und Verkehrsbetriebe verbunden, und die Verarbeitung des zusammengetragenen Materials wird die Grundlage abgeben für eine umfassende Kenntnis nicht nur der Bevölkerungsstruktur, sondern auch der Produktivkräfte des Deutschen Reiches.

Nicht man von der Ende 1919 durchgeführten Volkszählung, deren Wert durch die außerordentlichen Verhältnisse herabgemindert wurde, als so hat eine Zählung der Bevölkerung des Deutschen Reiches seit 1910, eine Zählung der gewerblichen Betriebe sogar seit 1907, nicht mehr stattgefunden. Der Vergleich der Ergebnisse der neuen Zählung mit den Zahlen von 1910 und von 1907 weist ein bedeutendes Licht auf ihre Veränderungen, die in der Zusammensetzung der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands in den letzten 15 bis 18 Jahren vor sich gegangen sind, in einer Zeitperiode also, die besonders reich ist an Krisen und Umwälzungen. Noch lehrreicher würde der Vergleich der Ergebnisse dieser Veränderungen mit jenen der letzten Zählungen (etwa der Gewerbebevölkerung von 1882 und 1895) zu erkennen ist. Nur solche Vergleiche vermögen uns eine klare Vorstellung von den Tendenzen der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands zu vermitteln.

Das ist der Grund, weshalb die Ergebnisse der Volkszählung von 1925 für jeden, der die gegenwärtige Lage und die geschichtliche Evolution des Landes zu begreifen beabsichtigt, von größtem Interesse sind.

Die Verarbeitung der Zählergebnisse ist noch lange nicht abgeschlossen. Für das ganze Reich liegen nur vorläufige, ganz summarische Berechnungen vor. Detaillierte Angaben sind einweilen nur für eine Anzahl Länder bekannt, und zwar für Bayern, Württemberg, Somburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Anhalt, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe. Es fehlen noch die Ergebnisse für Preußen, Sachsen, Baden, Thüringen, Hessen, Braunschweig, Bremen, Württemberg. Die Veröffentlichung der fehlenden Zählergebnisse kann natürlich jenes Bild wesentlich verändern, das man sich auf Grund der vorliegenden Materialien macht. Nichtsdestoweniger sind die vorliegenden Zahlen nicht nur in bezug auf die einzelnen Länder, für die sie erhoben worden sind, sondern auch in bezug auf das ganze Reich von Bedeutung. Wie der Bauer auf Grund einiger Getreidehalme, die er an verschiedenen Stellen seines Ackerfeldes ausgesät hat, über das Reife des Getreides auf seinem ganzen Acker urteilt, so kann man auch auf Grund von statistischen Angaben, die unmittelbar nur für einzelne Bezirke gelten, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die Entwicklung des ganzen Landes beurteilen. Selbstverständlich ist dabei die größte Vorsicht geboten, da die Benutzung von Teilergebnissen sonst zu Fehlschlüssen Veranlassung geben könnte. Haben wir aber die Gelegenheit, dieselbe Erscheinung in Süddeutschland, in Ostpreußen, in Bayern, und im Norden, in Somburg, in Oldenburg und in Lübeck zu verfolgen, so können wir mit Recht annehmen, daß wir der gleichen Erscheinung auch in Preußen und in Sachsen und auch im Reichsmaßstab begegnen werden. Wenden wir uns also den bis jetzt veröffentlichten Ergebnissen der Zählung von 1925 zu.

Bevölkerungszahl. Männliche und weibliche Bevölkerung.

Zunächst seien die allgemeinen Zahlen der Bevölkerung Deutschlands in den Jahren 1910 und 1925 und ihre Wiedergabe nach Geschlechtern angeführt.

Die Zahlen für 1910 gelten für das heutige Reichsgebiet.

Die ortsanwesende Bevölkerung		
	1910	1925
Männer	28,5 Millionen	30,2 Millionen
Frauen	29,3	32,4
Insgesamt	57,8 Millionen	62,6 Millionen

Auf dem heutigen Reichsgebiet lebten also 1925 4,8 Millionen (bzw. 8,3 Prozent) mehr Menschen als 1910. Der Bevölkerungszuwachs beträgt 1,7 Millionen für Männer und 2,9 Millionen für Frauen. Die Differenz von 1,4 Millionen ist das Erinnerungsmaß für die Verluste des Weltkrieges, die die Hälfte der männlichen Jugend dahingerafft hat.

An die Kriegsjahre erinnert auch eine weitere Eigentümlichkeit in der Zusammensetzung der Bevölkerung Deutschlands: infolge des überaus großen Geburtenrückganges in den Jahren 1917 bis 1918 weist die Bevölkerung gegenwärtig eine ungewöhnlich niedrige Zahl von Kindern im Alter von

acht bis elf Jahren auf; umgekehrt ist die Zahl der Kinder im Alter von vier bis fünf Jahren verhältnismäßig sehr hoch.

In wirtschaftlicher Hinsicht erscheinen diese Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung als äußerst ungünstig: das verminderte Landesgebiet hat nunmehr die Ernährung von knapp fünf Millionen überzähligen Menschen sicherzustellen, während die Zahl der männlichen Arbeitskräfte relativ zurückgegangen ist.

Um so dringender stellt sich für Deutschland die Aufgabe, die vorhandenen Arbeitskräfte vermittels einer vernünftigen Organisation der Wirtschaft auszunutzen!

Städtische und ländliche Bevölkerung.

Für jedes Land mit zunehmender Bevölkerung ist es außerordentlich wichtig, in welcher Weise sich die Verteilung seiner Bevölkerung auf die Städte und das flache Land verändert. Für kein Land ist aber diese Frage von größerer Bedeutung als für Deutschland!

Die deutsche Statistik versteht unter „ländlicher Bevölkerung“ die Bevölkerung der Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, unter „städtischer Bevölkerung“ die Einwohnerzahl aller anderen Gemeinden.

Von der ganzen Wohnbevölkerung entfielen im Juni 1925 auf die

ländliche Bevölkerung	22,2 Millionen (35,6 v. H.)
städtische Bevölkerung	40,1 (64,4 v. H.)

Um uns die Bedeutung dieser Zahlen zu vergegenwärtigen, müssen wir auf die Ergebnisse früherer Zählungen zurückgreifen:

Früheres Reichsgebiet	Gesamtbevölkerung		Städtische Bevölkerung
	in Millionen	in Millionen	
1871	41,0	26,2	14,8
1880	43,2	26,5	13,7
1895	52,8	26,0	25,3
1910	64,9	25,9	39,0
Deutsches Reichsgebiet (ohne Saargebiet)			
1910	57,8	22,2	35,6
1925	62,3	22,2	40,1

Der Bevölkerungszuwachs wird also vom flachen Lande nicht aufgenommen und in die Städte hinausgestoßen. So war es in der vierzigjährigen Periode von 1871 bis 1910, in der die ländliche Bevölkerung um 300 000 zurückging, während die städtische Bevölkerung sich fast verdreifachte und von 14,8 Millionen auf 39 Millionen anstieg. So ist es auch jetzt: auf dem heutigen Reichsgebiet ist die Zahl der Einwohner der ländlichen Gemeinden von 1910 bis 1925 unverändert geblieben (oder — genauer — um 46 000 zurückgegangen), während die Städte den ganzen Bevölkerungszuwachs abjorbieren mußten.

Aber dieser Verstädterungsprozeß vollzieht sich gegenwärtig in Deutschland in viel ungünstigeren Bedingungen als vor dem Kriege. Damals entwickelte sich Deutschland im Mittelpunkt des wirtschaftlich aufblühenden Europas; nichts hinderte es daran, die Ueberschüsse seiner Industrie auf

die offenen Märkte der ganzen Welt zu werfen. Jetzt sind die Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt viel schwerer geworden, Deutschland hat seine überseeischen Besitzungen verloren, ist seiner Stellung als starke Seemacht verlustig gegangen. Immer öfter wird daher für Deutschland das Problem des Gleichgewichts zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Stadt und Land.

Die Ergebnisse der Volkszählung unterstreichen eine der wichtigsten Seiten dieses Problems: daß es eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland sei, den Zuwachs der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch eine Milderung der veralteten Agrarverhältnisse, durch die Liquidierung des Großgrundbesitzes und die Förderung bäuerlicher Siedlungen an Stelle der heutigen Kolonien, namentlich in den schwachbevölkerten Ostprovinzen des Reiches, zu ermöglichen.

W. Boyntiff

Im Schatten der Krise

Die Deutschnationalen schreien tagtäglich nach der Macht. Sie wollen unter allen Umständen regieren. Aber im gleichen Augenblick kommt es ihnen gar nicht darauf an, durch ihre Presse den wütendsten Kampf gegen den Reichsaussenminister zu führen. Am Montag hat Stresemann in Hamburg eine wenig aufsehenerregende Rede gehalten. Was macht die deutschnationale Zeitung? Sie gibt die Ausführungen Stresemanns in polemischer Form unter dem Titel „Zornenglanz und Wellenteiler“ wieder, bezeichnet sie weiterhin als „Stresemann-Synthese“ und fügt hinzu: „Der Außenminister als sein eigener Vobredner“. Aber so etwas will regieren. Was sagen denn Stresemann und die sonst so empfindliche Volkspartei zu diesen Beleidigungen durch deutschnationale Organe?

Das offizielle Kölner Zentrumblatt, die Rheinische Volkszeitung, schreibt am Montag abend zur Regierungskrise: „Es gab schon einmal eine schwere Krise zwischen der Wählerchaft und der Fraktion. Damals, als die Fraktion mit Umfall in die Reichsregierung ging. Man läusche sich in Berlin nicht: die Wiederkehr einer solchen Krise würde katastrophale Verhältnisse schaffen. Wir haben ernste Sorge.“

Die Auseinandersetzungen im Reichstag über den widerrechtlichen Ankauf der Deutschen Allgemeinen Zeitung durch die Reichsregierung sind kurz vor Weihnachten vorläufig beendet worden. Bis dahin verhielt die DAZ eine Art von überparteilichem Spieß zu wahren. Kaum aber war der Reichstag auseinandergegangen, als die Redaktion des von den deutschen Steuergelehrten unterhaltenen Organs in aller Frechheit ihr wirkliches Gesicht durch unerhörte Angriffe auf die Sozialdemokratie und einen Vorstoß für den Bürgerblock enthüllte. Was sagt die geschäftsführende Regierung zu diesem Mißbrauch von Steuergeldern? Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat den Reichsaussenminister einstimmig zum baldigen Verfall der DAZ aufgefordert. Es wird Zeit, daß jetzt in diesem Sinne etwas geschieht und sich bis dahin das in Reichsbefehl befindliche Blatt jedes einseitigen Kurzes enthält, wenn der Skandal nicht in vergrößertem Maßstabe wieder aufleben soll.

Der Staatsstreich in Litauen

Vor 600 bis 700 Jahren war Litauen ein heidnischer, mächtiger Staat, weit größer als Polen, das erst durch die Verbindung mit Litauen zu seiner Großmachtstellung in Osteuropa kam. Das heutige Litauen ist ein Staat von rund 56 000 Quadratkilometer und etwas über zwei Millionen Einwohnern, und wenn ihm international eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, so liegt das nicht an der eigenen Bedeutung dieses kleinen Staates, sondern an seiner bemerkenswerten Position in Osteuropa. Der Konflikt mit Polen wegen des Wilnaer Landes ist nach litauischer Auffassung noch wie vor offen, ja es besteht eine Art Kriegszustand zwischen beiden Ländern, und hieraus wiederum hat sich ein verstärktes Interesse Sowjetrußlands an Litauen ergeben, wie es in dem vor wenigen Monaten zwischen der Sowjetunion und Litauen abgeschlossenen Vertrag zum Ausdruck gekommen ist. Auf der anderen Seite hat Bilschki, der gegenwärtige Machthaber in Polen, seine Absichten, irgendwie eine enger polnisch-litauische Verbindung herzustellen, zweifellos noch nicht aufgegeben. Bei dieser exponierten außenpolitischen Stellung, die Litauen in Osteuropa einnimmt, ist es verständlich, daß man hinter einer Staatsumwälzung, wie sie vor wenigen Tagen unter der Führung Smetonas erfolgt ist, außenpolitische Motive sucht.

Wenn auch bei dem Aufbruch eine Lösung gegen den jüngsten Vertrag Litauens mit der Sowjetunion ausgegeben werden soll, ist es doch wenig wahrscheinlich, daß dieser Vertrag den Aufbruch veranlaßt hat. Vielmehr spricht alles dafür, daß es sich um ein Ereignis von rein innerpolitischer Bedeutung handelt, das sich erklärt aus der inneren politischen und wirtschaftlichen Krise, die durch die Unzufriedenheit und den Wunsch starker egoistischer Kräfte unter den Militärs und der Wirtschaft nach einer ab-

libereren Regierung hervorgerufen wurde. Wenn man dabei eine Rolle gegen die allzuenge Verbindung mit Sowjetrußland ausgab, so dürfte das ein auf die nationalstaatliche Einstellung der Schichtenverbände und ähnlicher Kreise berechnetes Argument gewesen sein. Diese Kreise sind jeder ihrer Ansicht nach die rein litauische Politik beeinträchtigende Bindung abgeneigt. Der Vertrag mit Sowjetrußland war da nur ein naheliegender geeignetes Objekt der Agitation. Genau so gut hätte man z. B. eine antipolnische Parole nehmen können, wenn das nicht allzu gefährlich gewesen wäre und ein Eingreifen Polens hätte zur Folge haben können. Es zeigt sich eben auch jetzt wieder, wie sehr in Litauen rein wirtschaftliche und oft auch sehr menschliche Motive bei den Entscheidungen führender Politiker eine Rolle spielen, und es ist daher vielfach eine unnütze Mühe, Ursachen im Gebiet der hohen Politik zu suchen, die rein inneren oder gar persönlichen Zusammenhängen entspringen.

Diese Deutung auch des jüngsten Umwälzungs in Litauen schließt aber natürlich nicht aus, daß sich aus ihm ungewollt auch Ereignisse von außenpolitischer Tragweite entwickeln. Gerade Polen gegenüber ist ein kühniges Moment vorhanden. Die Warschauer Presse hat ja bereits auf die Vorgänge in Litauen mit einer bemerkenswerten Beunruhigung reagiert, und gewissen Kreisen in der Umgebung Bilschkis konnte gar nichts gelagener kommen als die Aufrollung der Frage durch Litauen und die damit eröffnete Möglichkeit, gegen Litauen vorzugehen, ohne selbst die Rolle des Angreifers übernehmen zu müssen.

Von Deutschland aus kann man, was die offizielle Außenpolitik anbelangt, den litauischen Ereignissen mit Ruhe zusehen und nur den Wunsch hegen, daß sie nicht gefährliche Folgen haben. Die jetzt an der Spitze des Staates stehenden Leute, Smetona als Staat- und Waldemar als

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden. Die Redaktion ist in Dresden, Raben & Camp, Nr. 1268. Die Druckerei ist in Dresden, Raben & Camp, Nr. 1268. Die Verlagsleitung ist in Dresden, Wettinerplatz 10. Die Schriftleitung ist in Dresden, Wettinerplatz 10. Die Geschäftszeit ist von 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags. Die Abonnementpreise sind: Grundpreis: die 20 mm breite Monatszeitung 30 Pf., die 30 mm breite Monatszeitung 1,50 Pf., für auswärtige Abnehmer 30 Pf. und 2 Pf. Zustellungsgebühr. Stellen- und Anzeigenpreis: 40 Pf. pro Zeile. Für Briefmarkenrechnung 10 Pf.